Bezugspreise: Für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 4.50 Mark, vierteljährlich 12.00 Mk., durch die Post 12.00 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 7413, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 40 Pf., Familienanzeigen 30 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.00 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4009.

Nr. 109. Halle, Freitag, den 5. März 1920. Einzelpreis 10 Pfg.

Alsbergs Verteidigungsrede.

Der Erzberger-Helfferich-Prozeß.

Berlin, 4. März. Nach den Ausführungen des Ersten Staatsanwalts von Clausewitz nahm wieder Oberstaatsanwalt Krause das Wort. Er geht ergänzend auf den Fall Dombrowski ein, wobei er die Art und Weise scharf geißelt,

wie aus dem Reichsfinanzministerium Material an das „B. T." gegeben

wurde, ohne auf seine Richtigkeit nachgeprüft zu werden. Die Ausführungen der bisherigen Plädoyers definierend, unterscheidet der Oberstaatsanwalt fünf Punkte:

Unsaubere Vermischung von Geschäft und Politik, Rechtsbeugung bei den Bergerschen Schiedssprüchen, Unwahrheit, Denunziation an die Entente und Unanständigkeit bei der Materialbeschaffung. Alle diese Punkte sieht der Oberstaatsanwalt mit Ausnahme des Vorwurfes der Rechtsbeugung als erwiesen an.

Im Falle Rechtsbeugung muß Helfferich aus § 185 des Strafgesetzbuches verantwortlich werden. Was nun die formelle Seite der Beleidigung betrifft, so scheiden Ausdrücke wie Reichsverderber, Krebsschaden usw. von einer Verurteilung aus, dagegen sind in den Broschüren eine Reihe von Fällen vorhanden, die den Nebenkläger verächtlich machen sollen. Es muß also eine Verurteilung in einer privatrechtlichen Handlung aus § 185 in Idealkonkurrenz mit § 186 erfolgen. Der Angeklagte war der Angreifer, und er wollte verletzen. Deshalb kann ihm

der Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) nicht zugebilligt

werden. Auch der § 199, der eine Beleidigung für straffrei erklärt, wenn sie auf der Stelle als Erwiderung auf eine andere fällt, wird der Richter dem Angeklagten nicht zubilligen. Er beantragt, wie wir bereits gemeldet haben, in Anbetracht der Motive, die den Angeklagten zu seinem Tun veranlaßten, eine Geldstrafe von 300 Mark, Publikationsbefugnis für den Nebenkläger und Unbrauchbarmachung der Platten oder wenigstens eines Teiles davon.

Nach der Rede des Oberstaatsanwalts trat die Mittagspause ein. Darauf erhält das Wort

der Verteidiger des Angeklagten Rechtsanwalt Dr. Alsberg.

Er führt aus: Nicht parteipolitische Motive bilden den Grund der Gegnerschaft zwischen den beiden Staatsmännern, die sich hier sieben Wochen einander gegenüberstanden, sondern die

Verletzung der elementarsten Grundsätze politischer Reinlichkeit

durch den Nebenkläger allein steht hier zur Sprache. Da der Abgeordnete der Vertreter eines öffentlichen Amtes ist, gilt auch für ihn das geschriebene und ungeschriebene Beamtenrecht: Die Uneigennützigkeit der Amtsinhaber in ihrer Amtsführung. Das Beamtenrecht bestraft nur die Annahme von Geschenken für nicht pflichtwidrige Handlungen und es bezieht sich auf den Standpunkt, daß schon ein Schein der Pflichtwidrigkeit zu bestrafen ist. Bei Erzberger war es so, daß er sich als Berichterstatter für das Militärbudget usw. in einer gehobenen Stellung befand. Es ist schon zur Verurteilen, wenn ein Abgeordneter von seiner Machtstellung zu seinem und seiner Freunde Nutzen Gebrauch macht, es ist aber

geradezu unerhört, wenn er diese Machtstellung wie im Falle Angele mißbraucht.

Hoffentlich findet die Ansicht nicht Verbreitung, daß es unter dem parlamentarischen Reime nicht mehr so scharf genommen zu werden braucht. Ein Artikel der „Kölnischen Volkszeitung" vom Jahre 1905 bezeichnete Beamte, die einen Aufsichtsratsposten übernehmen, als

moderne Industrieritter,

und in England herrscht über diesen Punkt die strengste Auffassung. Im Falle Thyssen war die Aufsichtsratsstellung nur das juristische Gewand. Als Gegenleistung für die 40 000 Mark hatte er keine wirtschaftlichen Kenntnisse in die Wagschale zu werfen, sondern er war für Thyssen

nur der politische Agent,

der in den Aemtern im Thyssenschen Interesse zu arbeiten hatte, der die Propaganda für die Annexion von Briey-Longwy machte und in unmißverständlichen Eingaben für den Konzern die dortigen Erzfelder verlangte.

In einem Briefe an den Angeklagten fordert Erzberger die schnelle Schaffung vollendeter Tatsachen in Briey-Longwy, und dieser Mann, der eine solche Forderung stellte, wirft Dr. Helfferich vor, er habe durch seine Politik den Frieden verhindert. In der Frage der Ausfuhrabgaben ist die Stellung des Nebenklägers durch den Staatsanwalt nicht richtig gewürdigt worden. Nicht der Angeklagte, sondern Erzberger ist es, der, solange er bei Thyssen war, Interessen des Kapitals im allgemeinen und des Thyssenschen Konzerns im besonderen vertreten hat. Nachdem er dort ausscheiden mußte, hat er

verbrannt, was er früher anbetete.

Im Falle Thyssen stellt sich drastisch und praktisch als richtig dar, was der Angeklagte behauptet hat, und er hat nicht nur Politik und Geschäft dabei vermischt, sondern er hat auch

das Mäntelchen nach dem Winde gehängt.

Für Erzberger ist der Angeklagte noch als Reichsminister eingetreten, und es ist bemerkenswert, daß er wagte, ihm zu schreiben, wenn das Kriegsministerium die geforderte halbe Million Mark nicht zahle, so würden die Aktionäre, zu denen Erzberger mit 40 000 Mk. Aktien gehörte, keine Dividende erhalten. Den Vorwurf der Rechtsbeugung bei den Schiedssprüchen zwischen Berger und Kanalamt hat der Angeklagte gar nicht erhoben. Der dem verderblichen Tun zu dem der Nebenkläger für die Viehhandelsgesellschaft verpflichtet werden sollte, hat ihn seine Berufung in das Reichskabinett bewahrt. Die Empfehlung, die er dem Kovaczschen Sprengstoffverfahren „flüssige Luft" an das Ministerium mitgab, ist ein Schulbeispiel für den Wettbewerb, wie ihn das Strafgesetzbuch verbietet. Auf den Verkauf der wertlos gewordenen Nikotinanteile über Paris braucht nicht mehr eingegangen zu werden, nachdem der Staatsanwalt erklärt hat, es falle schwer, diesen Verkauf und die Erzbergersche Forderung einer Subvention für die kaufende Firma nicht in Zusammenhang zu bringen. Wie für diese Gesellschaft hat sich der Nebenkläger auch für das Anhydatleder

in unzulässiger Weise beim Kriegsministerium eingesetzt.

Dem Schlosser Richter, der sein Soxius war, habe nicht der Abgeordnete, sondern der Staatssekretär Erzberger eine Empfehlung an den Eisenbahnminister gegeben, damit dieser das Landeseisenbahnamt gefügig macht, und Erzberger verschwieg seine finanziellen Interessen. Den

dunkelsten Punkt der Beweisaufnahme

bildet der Ankauf der Hapagaktien, den er ausführte, weil er Kenntnis der geheimsten Dinge besaß. Welchen Sturm hat es in England erregt, als einigen Ministern der Vorwurf gemacht wurde, sie hätten spekulative Käufe in Marconiaktien gemacht, als das Marconisystem verstaatlicht werden sollte. Es macht geradezu einen humorrollen Eindruck, wenn Erzberger behauptet, er habe diese Käufe gemacht, um dem Volke sein Vertrauen an der deutschen Zukunft zu beweisen. Er hat die Aktien dann behalten noch selbst zu einer Zeit, als über die Entschädigung der Reedereien verhandelt wurde, und die Börse hat diese Entschädigung durch Versteigerungen eskamotiert.

Die Wut kann einen ergreifen,

wenn man die Begründung hört, mit der er das Schiebergeschäft mit der Firma Denk begründet, ein Geschäft, das das Auswärtige Amt abgelehnt hatte, an dem das beteiligte Konsortium Millionen verdiente und durch das nach Erzbergers Bekundung für kirchenpolitische Zwecke die lächerliche Summe von 200 000 Mk. flüssig gemacht werden sollten. Man hat dem Angeklagten den Vorwurf gemacht, er hätte Dinge vorgebracht, die er nicht beweisen könnte, aber hatte nicht der Angeklagte Recht und Pflicht, Dinge hier vorzubringen, die ihm von angesehener Seite mitgeteilt wurden und durch andere bestätigt wurden. Hatte er nicht Grund zu den Behauptungen gegen die Inhaber der Firma Wolff und Strauß, von deren Verdiensten bisher niemand etwas gewußt hatte, deren Vertehr mit Erzberger bekannt war und die beide in amtlichen Stellen sitzen würden, der eine als Reichsrat in Berlin, der andere als Generalkommissar für das besetzte Gebiet, wenn Marschall Foch nicht gegen diese zweite Ansicht Widerspruch erhoben hätte.

Erzbergers Verhalten im Falle Pöplau grenzt an Erpressung.

Mit Bewußtsein hat er seiner Fraktion die unwahre Mitteilung gemacht, der Kanzler lege keinen Wert auf die Helfferichschen Steuern mehr. Unwahr ist seine Behauptung, er wäre vom Reichskanzler nach Wien geschickt worden. In dem verfängnisvollen Intrigenspiel zum Sturze des Herrn v. Bethmann Hollweg wird man vergebens eine Person der Partei suchen, der er die Wahrheit gesagt hat. Dem Kanzler, Herrn v. Stein, dem Kronprinzen, Dr. Stresemann, dem Zentrum, der Sozialdemokratie,

allen hat er verschiedene, einander widersprechende Angaben gemacht.

Seine besten Kollegen haben auf die Frage, ob der Nebenkläger durch die Resolution den Kanzler habe stürzen oder stützen wollen, geantwortet, sie wüßten es nicht, weil Erzberger es ihnen nicht gesagt habe. Aber er hat seinen Fraktionskollegen

Giesberts sogar die Unwahrheit gesagt,

indem er ihn durch seine Mitteilung bis zum 11. Juli 1917 im Glauben ließ, er wolle den Kanzler stützen. Er hatte Grund, diesen falschen Glauben zu erhalten, weil das Zentrum wie die Sozialdemokratie mit der Person seines Kandidaten für die Nachfolgerschaft auf den Kanzlerposten den Fürsten Bülow, nicht einverstanden gewesen wäre.

Die Aussagen, die der Nebenkläger hier gemacht hat, können einem jungen Staatsanwalt Gelegenheit zu zehn Meineidsversahren geben.

Zum Nachweis der Unanständigkeit Erzbergers nimmt die Broschüre Helfferichs Bezug auf schiedsrichterliche Betätigung des Nebenklägers. Ueber die Behauptungen der Broschüre hinaus ist hier erwiesen worden, daß über den Eintritt Erzbergers in den Aufsichtsrat von Berger Tiefbau schon gesprochen worden ist, als noch drei Schiedsgerichtsverfahren mit dieser Firma schwebten, an denen der Nebenkläger beteiligt war. Es ist

unstatthaft und unanständig,

daß, wie Berger und Erzberger es taten, in Schiedsgerichtssachen einseitige Aussprachen miteinander vorkamen. Im Falle Pöplau und dem des Majors Düsterberg hat sich Erzberger Material auf einem Wege verschafft, den er jetzt, weil es sich um seine Steuererklärung handelt, als unanständig empfindet. Man kann sich im politischen Kampf noch so scharf gegenüberstehen, und darf doch nicht, wie Erzberger es tat,

einen Volksgenossen dem Feinde ausliefern dürfen.

Reichskanzler Bauer über die Lage.

WTB. Budapest, 4. März. (Drahtnachricht.) Reichskanzler Bauer sagte zu einem Sonderberichterstatter des Pester Lloyd: Die innenpolitische Lage kann im Augenblick als außerordentlich befestigt angesprochen werden. Die Möglichkeit, den notwendigsten Kohlenbedarf des Landes zu decken und gleichzeitig die im Friedensvertrage vorgesehenen Kohlenlieferungen, die der Entente zu leisten sind, ist an eine arbeitsfreudliche Regierung geknüpft. Nicht nur jetzt, sondern auch für die nächsten Jahrzehnte wird eine deutsche Regierung, die in der Arbeiterpartei nicht Sitz, Stimme und Einfluß hat, unmöglich sein. Wenn die Wahlen auch vielleicht eine Verstärkung der Opposition im Parlament auf der rechten oder linken Seite bringen werden, ist eine Veränderung in der Zusammensetzung der Regierungskoalition doch nicht zu erwarten. Die Anzeichen einer langsamen Besserung der wirtschaftlichen Existenz mehren sich in den letzten Monaten. Die Ueberwindung der Kohlenmisere hängt von den Lieferungsforderungen der Alliierten, der Einfuhr genügender Rohstoffe, von der Rekonstruierung des deutschen Kredits ab und das Valutaproblem ist verflochten mit der Volks- und Finanzwirtschaft der gesamten Welt. Das allgemeine Valutaelend Deutschlands und der Länder der früheren Monarchie muß diese zu einem wirtschaftlichen Zusammenschluß zwingen. Sie werden zu einer Valuta-Elends-Gemeinschaft gedrängt sein. Es ist zu hoffen, daß eine internationale Valutakonferenz verstehen wird, auf dem internationalen Währungsmarkt das Gleichgewicht herzustellen, ohne das eine wirtschaftliche und politische Beruhigung in Europa nicht möglich ist.

Oeffentliche Reichsratssitzung.

WTB. Berlin, 4. März. (Drahtnachricht.) In der heutigen Sitzung des Reichsrates wurde der neue Etat der Reichsbank angenommen. Hier wird eine Vermehrung der Beamten um 1123 gefordert. Es sollen 353 Bankaufseher und ebensoviele neue Geldzähler angestellt werden. In dem Entwurf über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit wird im Ausschuß auf Antrag Badens und Hessens eine Bestimmung eingeführt worden, wonach Baden und Hessen das Begnadigungsrecht vorbehalten sein soll für den Fall, daß die Landsmannschaftlichen Verbände dieser beiden Staaten sich nicht im eigenen Lande befinden können. — Die Mehrheit entschied sich für die Streichung des badischen Antrages. Im übrigen wurde die Vorlage angenommen. Als Termin des Inkrafttretens wurde der 1. Oktober 1920 bestimmt. — Vom Reichsrat wird ein Ausschuß von sieben Mitgliedern als Berufungsinstanz gegen das Verbot periodischer Druckschriften gebildet werden. Dieser Ausschuß stellt eine Art richterlicher Behörde dar. Den Vorsitz führt der Minister des Innern.

Das unentbehrliche Deutschland.

WTB. Haag, 4. März. (Drahtnachricht.) Laut Nieuw. Court. meldet Evening Standard, daß der Oberste Rat ein Memorandum über die Teuerung veröffentlicht hat, dessen leitende Absichte sich mit Deutschland befassen. Es heißt darin, Deutschland sei für den gesamten Welthaushalt unentbehrlich. Ohne deutsche Erzeugungskraft und deutsche Organisation gehe die Kaufkraft Europas zugrunde und Europa werde von Amerika und Japan überflügelt. Die Alliierten müßten Deutschland bei seinem Wiederaufbau behilflich sein. Wenn man Deutschland und Frankreich nicht in denselben Zustand zurückbringe, wie vor dem Kriege, damit die Industrie beider Länder fortfahren könne zu arbeiten, könne das wirtschaftliche Gleichgewicht nicht wieder hergestellt werden.

Die schleswig-holsteinische Abordnung in Berlin.

WTB. Berlin, 4. März. Eine Abordnung aus Schleswig-Holsteinern, bestehend aus den Abgeordneten Iversen und Michelsen und dem Bürgermeister Timm-Rendsburg, wurde heute mittag vom Ministerpräsidenten Hirsch in Gegenwart des Ministers des Innern Heine und eines Vertreters des Auswärtigen Amtes empfangen. Die gründliche Aussprache zeigte das Bestreben zu einem durchaus harmonischen Zusammenarbeiten, das zu den besten Hoffnungen für die Zukunft Anlaß gibt.

Minister Heine an die Schleswig-Holsteiner.

WTB. Berlin, 4. März. Bei dem heutigen Empfang der schleswig-holsteinischen Deputation durch den Ministerpräsidenten Hirsch und dem Minister des Innern Heine sprach Minister Heine seine Zuversicht aus, daß die Schleswig-Holsteiner einmütig auf die Erhaltung dieses alten deutschen Stammes bei dem deutschen Gesamtvorstand hinwirken würden. Er sagte den Schleswig-Holsteinern eine weitgehende Selbständigkeit in Provinzial- und Gemeindeangelegenheiten zu, ebenso die Gewährleistung der schleswig-holsteinischen Sonderrechte. In der Amtssprache soll den Bedürfnissen der Minderheit Rechnung getragen werden. Namens der Abordnung erwiderte Herr Iversen, die Abordnung bestehe auf der Erklärung der Staatsregierung, daß die Dänische Schleswig-Holsteins bestrebtet werden können. Die Bewegung, die in der Rendsburger Versammlung ihren Ausdruck fand, habe nichts mit Sonderbestrebungen zu tun. Nur die Liebe zum großen Vaterlande und zur engeren Heimat hätten die Teilnehmer geleitet. Dem Druck von Norden mußte ein starker Volkswille entgegentreten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200305017/fragment/page=0001

Der Ausdruck der gemeinen Denunziation ist dadurch gerechtfertigt. Wenn nun formelle Beleidigungen festgestellt werden sollen, so widerspricht das der Verabredung, einzelne Ausdrücke doch heranziehen zu wollen. Im übrigen ist es in einem politisch regierten Staate das Interesse jedes Einzelnen, wenn er dafür sorgt, daß der Ministerstuhl rein bleibt, und es ist das Interesse des Angeklagten ganz besonders, weil er selbst auf diesem Stuhle gesessen hat. Es wäre

eine Ironie der Rechtsprechung,

wenn sie dem Angeklagten den Schutz der Wahrung berechtigter Interessen versagte und ihm auf der anderen Seite dankt, daß er Reinlichkeit geschaffen hat und ihn auf der anderen Seite straft. Aber der Angeklagte hat dies wiederum auch nicht nötig, weil seine Vorwürfe solche der Gegenseite erwiderten.

Er befand sich in reiner Notwehr.

In der Androhung der Auslieferung mußte er sogar um sein Leben besorgt sein. Es kommt für den Begriff der Ehrennotwehr nicht darauf an, daß Helfferich den Angriff begonnen hat, sondern darauf, daß er von der Gegenseite fortgesetzt wurde. Mit reinem Schild ist der Angeklagte in den Kampf gezogen, mit reinem Schild kehrt er zurück, und er kann sagen: Ich hab's gewagt!

Morgen vormittag ½10 Uhr werden namens des Nebenklägers Dr. v. Gordon und Dr. Friedländer sprechen.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 4. März. Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Ergänzung des Gesetzes zur

Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen

vom 18. 12. 1919.

Abg. Dr. **Kahl** (D. Vpt.), als Berichterstatter: Der Entwurf ist, abgesehen von einem Zusatz, unverändert aus der Kommission hervorgegangen. Er ist ein politisches, kein juristisches Gesetz. Er widerspricht allem juristischen Empfinden. Er widerspricht unserem Recht. Aber er ist ein Ausnahmegesetz für einen Ausnahmezustand. Ein Trost ist es, daß der unbestechliche Wahrheitssinn des Reichsgerichts aus der Katastrophe retten wird, was zu retten ist.

Reichsjustizminister Schiffer:

Die Vorlage ist nur ein Schritt weiter auf unserem Leidenswege. Ihre Zustimmung ist ein Opfer, das gebracht werden muß, um Schlimmeres zu verhüten, und das gebracht werden kann, um deutsches Recht, deutsche Ehre und deutsche Sitten zu retten. Wir danken dem deutschen Volke dafür, wir danken Ihnen dafür, daß Sie uns instandgesetzt haben, die sittliche Unmöglichkeit der Forderung der Auslieferung darzutun.

Kein Unschuldiger darf bestraft werden,

kein Schuldiger darf seiner Strafe entgehen. (Zwischenrufe rechts: Die Entente wird entscheiden!) Der Vorbehalt der Entente ist ein Vorbehalt der Macht, nicht des Rechts. Er wird das Reichsgericht nicht beeinflussen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Quarck** (Soz.): Den Antrag Arnstadt, welcher verlangt, daß nur auf Grund neuer Tatsachen zum zweiten Male gegen einen Beschuldigten verhandelt werden kann, lehnen wir ab. Den Zusatz des Ausschusses, daß die Kosten des Verfahrens der Reichskasse auferlegt werden können, billigen wir. Auch

die gegnerischen Kriegsverbrecher

müssen zur Verantwortung gezogen werden.

Abg. **Burlage** (Ztr.): Wir fügen uns der Notwendigkeit der Lage.

Abg. **Falk** (Dem.): Wir müssen diese Vorlage annehmen. Sie ist ein großer Erfolg der Regierung, hinter der in dieser Frage das ganze Volk gestanden hat. Ein Antrag der Unabhängigen, die Oeffentlichkeit der Reichsgerichtsverhandlungen noch besonders sicherzustellen, ist überflüssig. Wenn wir vom Reichsgericht Richtersprüche erwarten, die uns vor uns selbst rechtfertigen, so sind wir überzeugt, daß

das Reichsgericht sich von keiner Politik leiten läßt.

Ungesühnt bleiben darf nicht das Unrecht auf der anderen Seite. Die Deutschen, die von der Entente ergriffen und wegen angeblicher Kriegsverbrechen abgeurteilt worden sind, müssen

befreit und vor deutsche Gerichte gestellt

werden. Die Aussagen der heimkehrenden Kriegsgefangenen und die Morde in den besetzten Gebieten beweisen, daß viel Schuld auf der Gegenseite vorhanden und unbestreitbar ist.

Abg. **Seeger** (U. S.): Die Vorlage dürfte nicht zu sehr auf den Zwang der Entente zurückgeführt werden, als auf unser eigenes Rechtsbewußtsein. Das Verlangen nach einer Liste der Schuldigen auf der Gegenseite könnte zu Verwicklungen führen.

Der Antrag der Unabhängigen wird abgelehnt.

Abg. **Warmuth** (Dn.) begründet den Antrag Arnstadt, durch den das Gesetz unserm Rechtsempfinden genähert wird.

Unterstaatssekretär **Joel** bittet, den Antrag abzulehnen. Wir seien eben leider nicht frei in unseren Entschließungen.

Der Antrag wird abgelehnt. Der Zusatz des Ausschusses wegen der Kosten wird angenommen. Damit ist der Gesetzentwurf erledigt.

Es folgt die Abstimmung über § 12, Ziffer 12, Absatz 1 des Reichseinkommensteuergesetzes, der unter Ablehnung des dazu vorliegenden Antrages der Deutschnationalen „fünf Jahre" (statt zehn Jahre) in der Ausschußfassung angenommen wird.

Sodann wird in die zweite Beratung des Entwurfes eines

Landessteuergesetzes

eingetreten.

Abg. **Simon-Schwaben** (Soz.): Das Gesetz wird von Ländern und Gemeinden binnen kurzem als Wohltat empfunden werden. Weitergehende Anträge im Ausschusse mußten abgelehnt werden.

Abg. **Heß** (Dem.): Das Gesetz ist das Kernstück der ganzen Steuergesetzgebung. Die Länder und Gemeinden werden im nächsten Jahre mit zehn bis zwölf Milliarden zu rechnen haben. Aus den Ueberweisungen wird sich nur etwas über die Hälfte dieses Steuerbedarfs ergeben. Die den Ländern und Gemeinden überwiesenen selbständigen Steuerquellen, wie Lustbarkeitssteuer usw., werden wenig über eine Milliarde ergeben.

Abg. **Düwell** (U. S.): Mit der Tendenz des Gesetzes, die Selbständigkeit der Länder einzuschränken, können wir einverstanden sein. Wir werden das Ergebnis der zweiten Beratung abwarten.

Morgen 1 Uhr: Fortsetzung; vorher Anfragen.

Schluß nach 6 Uhr.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 4. März. 130. Sitzung. Beginn 12 Uhr. Die Beratung des Antrages Dr. **Ritter** (Dn.) auf

baldige Wiedergewährung von Eisenbahnfahrpreisermäßigungen für die Jugend

wird fortgesetzt. Die Unabhängigen beantragen eine Einschaltung, wonach die Ermäßigung für die Jugendorganisationen aller Richtungen gelten soll. Beide Anträge gehen an den Ausschuß für Bevölkerungspolitik. Es folgen Bittschriften, darauf die förmliche Anfrage Mentzel-Stettin (Dn.) über

die Holzpreise.

Abg. **Mentzel** (Dn.): An den Wiederaufbau der mittelständischen Betriebe ist bei den jetzigen Holzpreisen nicht zu denken. Was wird die Regierung tun, um den jetzigen Zustand zu beseitigen?

Landwirtschaftsminister **Braun**: Unsere Aufgabe wird sein die Durchführung verschärfter Kontrollmaßnahmen und die Verhinderung der Ausfuhr. Aber solange wir keine Einfuhr aus dem Auslande haben, ist

eine katastrophale Entwicklung kaum abzuwenden.

Dem Preiswucher werden wir mit allen Mitteln zu steuern suchen.

Abg. **Peters** (Soz.): Vor allem ist dafür zu sorgen, daß die ärmere Bevölkerung Holz zu billigen Preisen erhält. Um die Gesundung des Holzmarktes anzubahnen, muß die öffentliche Bewirtschaftung des Holzes einsetzen.

Abg. **Altengeer** (Ztr.) beklagt insbesondere die Lahmlegung der Bautätigkeit durch den Holzhandel.

Abg. **Goll** (Dem.): Auch der Holzhandel nach Gewicht muß unterbunden werden.

Die Abgg. **Christange** (U. S.) und **Held** (D. Vpt.) fordern ebenfalls Maßnahmen zur Verhinderung der Holzausfuhr.

Die Anfrage ist damit erledigt.

Dienstag, den 16. März, 12 Uhr: Anfragen. Eisenbahnverreichlichung, Nachtragsetat, preußische Verfassung.

Schluß gegen 2¾ Uhr.

Entwurf der Besoldungsreform in Preussen u. im Reich. (Nichtamtlich)

Die Gruppeneinteilung bezieht sich auf Preussen, im Reich ist sie gleichlautend, nur dass Gruppe 11 u. 12 zu einer Gruppe 11 zusammengefasst sind. Die in Klammern angeführten Beamtenkategorien sind nur Beispiele enthalten also nicht alle in die betreffende Gruppe gehörenden Beamtenklassen.

A. Gehälter mit Dienstaltersstufen.

Hauptgruppe I Beamte im unteren Dienst

Gr. 1. Beamte mit einfachen Dienstverrichtungen (z.B. Schrankenwärter, Hausdiener, Wächter, Buschwärter, Stockmeister, Hilfswachtmeister u.s.w.)

Gr. 2. Beamte mit Ausbildung oder verantwortungvollerer Beschäftigung (z.B. Büro-, Kanzlei- u. Kassendiener u. Pförtner bei Lokal- u. Provinzialbehörden, Bahnwärter, Schaffner, Weichensteller, Magazinaufseher, Eisenbahngehilfen, Schleusenmeister, Justizwachtmeister, Schuldiener, Vollstreckungsbeamte, Sicherheitsunterwachtmeister u.s.w.)

Gr. 3 Beamte mit Fachausbildung oder in besonderer Vertrauensstellung (z.B. Botenmeister u. Kastellane bei Provinzial- u. grossen Lokal-Behörden, Büro-, Kanzlei- u. Kassendiener u. Pförtner bei Zentralbehörden, Schleusenmeister 1. Klasse, erste Justizwachtmeister, Strafanstaltswachtmeister, Sicherheitswachtmeister u.s.w.)

Hauptgruppe II Beamte in mittlerem Dienst

Gr. 4. Beamte mit einfachen Dienstverrichtungen (z.B. Botenmeister u. Kastellane bei Zentralbehörden, Kanzlisten u. Buchhalterinnen bei Lokal- u. Provinzialbehörden, Telegrafisten, Lademeister, Rangier-, Wagen- u. Maschinenmeister, Zugführer, Bahnhofsaufseher, Unterassistenten, Werkführer, Strommeister, Dünenaufseher, Gendarmen, Polizeiwachtmeister, Gefängnisoberaufseher, Sicherheitsoberwachtmeister u.s.w.)

Gr. 5 Beamte, deren Tätigkeit über das Gebiet einfacherer Dienstverrichtungen hinausgeht, Assistenten u. gleichstehende Beamte (z.B. Kanzlei-Inspektoren u. -Sekretäre bei Provinzial- u. grossen Lokalbehörden, Kanzlisten bei Zentralbehörden, Assistenten der Eisenbahn, Post u. Justiz, im Büro u. bei den Kreisen, Materialienverwalter, Lokomotivführer, Lotsen, Förster, Oberwachtmeister der Gendarmerie u. Polizei, Sicherheits-Zugwachtmeister u.s.w.)

Gr. 6. Kanzleisekretäre bei den Zentralbehörden, Vorsteher u. gleichstehende Beamte (z.B. Bahnhofs- u. Gütervorsteher, Bahnmeister, Schiffskapitäne, Oberlotsen, Gerichtsvollzieher, Sicherheits-Hauptwachtmeister u.s.w.)

Gr. 7. Regierungssekretäre u. gleichstehende Beamte (z.B. Sekretäre bei der Regierung, den Kreisen, der Post u. Polizei, Eisenbahnobersekretäre, Oberbahnmeister, Oberbahnhofsvorsteher, Strafanstaltsinspektoren, Kanzleiinspektoren, Kassensekretäre u. technische Büroassistenten bei den Zentralbehörden, Justizsekretäre, Revierförster, Polizeikommissare, Leutnants der Polizei u. Sicherheitspolizei u.s.w.)

Gr. 8. Beamte in gehobener oder leitender Stellung (z.B. Bürovorsteher bei Provinzial- u. grösseren Lokalbehörden, Erste Kreissekretäre, Amtsanwälte, Rentmeister, Gerichtskassenrendanten, Polizeiassessoren, Hafeninspektoren, Lotsenkommandeure, Sicherheits-Oberleutnants u.s.w.)

Gr. 9 Beamte in besonders gehobener Vertrauensstellung (z.B. Erste Bürovorsteher bei Provinzialbehörden, Strafanstaltsvorsteher, Eisenbahn-Inspektoren u. Ingenieure, Hauptkassenrendanten, Regierungslandmesser, Polizei-Räte, -Inspektoren u. -Hauptleute, u.s.w.)

Von der Leipziger Messe.

WTB. Leipzig, 4. März. Mit dem gestrigen Tage hat der Verkehr auf der Messe seinen Höhepunkt überschritten. Das äußere Bild hat an Lebhaftigkeit gegen die früheren Messen bis zum Mittwoch nicht zurückgestanden, es an den ersten Tagen sogar weit überschritten. Besonders stark war der Besuch vom Ausland, das meistens um die Hälfte mehr Käufer als im Herbst zur Messe gesandt hat. In geschäftlicher Beziehung ist das Bild der Messe nicht ganz einheitlich. Im allgemeinen hat die dringende Warennachfrage in den meisten Geschäftszweigen angehalten. Die Preise fast aller Waren haben nicht nur seit der Herbstmesse, sondern in den allerletzten Wochen noch außerordentliche Steigerungen erfahren. Die hohen Preise bewirkten anfänglich eine gewisse Zurückhaltung, die aber bald von der Dringlichkeit des Bedarfs besiegt wurde und zu reichlichen Bestellungen führte. Die Preissteigerungen haben auf manchen Gebieten schon einen großen Teil der Unterschiede zwischen Inlands- und Auslandspreisen aufgehoben, und wo es nicht der Fall ist, sorgen hohe Exportzuschläge dafür, daß die Waren nicht ins Ausland verschleudert werden. Infolgedessen ist der Anreiz zum Kauf nicht mehr so groß, und es drückt sich in den Bestellungen mehr als bisher der wirkliche Bedarf aus. Leider herrscht in bezug auf die Auslandszuschläge bei den deutschen Fabrikanten noch vielfach Unklarheit, und sie werden in so weiten Grenzen angewendet, daß die ausländischen Käufer unsicher werden. Der sogenannte Ausverkauf Deutschlands ist durch die Messe nicht gefördert worden, auch ziehen es viele Fabrikanten vor, zunächst die inländischen Kunden zu befriedigen, selbst wenn das Ausland höhere Preise bietet.

Der Reichtum und die Vielgestaltigkeit des Angebots ist erstaunlich und gibt Gewähr dafür, daß mit der langsamen Besserung des Kohlen- und Rohstoffmangels, der Verkehrsschwierigkeiten und vor allem der Arbeitslust der deutschen Industrie wieder mehr Kraft gewonnen werde. Der Arbeitswille der an der Messe beteiligten Kreise und ihr Bestreben, sich wirtschaftlich wieder empor zu bringen, dürfte das Vertrauen des Auslandes gestärkt und einer Besserung unserer Lage vorgearbeitet haben.

General Gröner über Verkehrsreformen.

WTB. Leipzig, 4. März. Zur Erlösung aus den gegenwärtigen Verkehrsnöten macht der ehemalige Leiter des Eisenbahnwesens im Kriege, General **Gröner**, in einer Unterredung, die er dem Berliner Vertreter der „Leipziger Neuesten Nachrichten" gewährt hat, den Vorschlag, künftig ohne Rücksicht auf die Landesgrenzen lediglich nach wirtschaftlichen Zusammenhängen einige wenige Generaldirektionen zu bilden als Träger der gesamten Eisenbahnverwaltung. Sache des Ministeriums sei es dann nur noch, einen Ausgleich zwischen den Forderungen dieser Generaldirektionen herbeizuführen. Ferner müsse man den technischen Beamten künftig einen größeren Einfluß einräumen und mit dem Juristenmonopol brechen. Heute seien wir glücklich so weit, daß nur die Schieber noch erster oder zweiter Klasse fahren können. Man müsse doch endlich einmal einsehen, daß es nicht gut sei, immer nur den Verkehr durch Erhöhung der Tarife zu belasten. Es müsse eine Sparsamkeit der ganzen Organisation und eine Besserung im Betriebe und in der Verwaltung eintreten.

Die veränderten Preise für die kommende Ernte.

Berlin, 4. März. (Eigene Drahtnachricht.) Der Ausschuß für Volkswirtschaft beschäftigte sich heute mit der Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums über die Festsetzung von Mindestpreisen für die kommende Ernte, die eine wesentliche Heraufsetzung gegenüber den vorigen Preisen für der Zwangswirtschaft unterliegende Produktion bedeuten. Wie wir erfahren, wurde den neuen Preisen für Getreide und Kartoffeln vom Ausschuß zugestimmt.

Verhandlungen mit Dr. Wirth.

Berlin, 4. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die von einigen Seiten verbreitete Nachricht, die bisherige rechte Hand Erzbergers im Reichsfinanzministerium, Unterstaatssekretär Moesle, komme als Nachfolger Erzbergers in Betracht, ist ebenso unrichtig wie die Behauptung, daß der badische Finanzminister Dr. Wirth die Berufung abgelehnt habe. Dr. Wirth wird zur Aufnahme der Vorverhandlungen sich in den nächsten Tagen nach Berlin begeben. Seine Ernennung zum Reichsfinanzminister kann natürlich erst nach der offiziellen Bekanntgabe des Rücktritts Erzbergers, das heißt nach der Urteilsfällung im Helfferichprozeß, erfolgen.

Die Mehrheitssozialdemokratie für Herbstwahlen.

Berlin, 4. März. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir erfahren, hat die gestrige Fraktionssitzung der Mehrheitssozialisten der Nationalversammlung sich mit der Frage der Ausschreibung der Reichstagswahlen befaßt und beschlossen, den Herbsttermin vorzuschlagen.

Der Antrag der Rechten.

Berlin, 4. März. (Eigene Drahtnachricht.) Der Antrag der Rechtsparteien über die Auflösung der Nationalversammlung am 1. Mai wird, wie uns aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, zunächst den interfraktionellen Ausschuß der Mehrheitsparteien beschäftigen, der dann mit der Reichsregierung darüber beraten werde. Der Antrag der Rechtsparteien auf Frühjahrswahlen wird voraussichtlich Anfang der nächsten Woche in der Nationalversammlung zur Behandlung kommen.

Neuer Protest der Reichsregierung.

Berlin, 4. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die Reichsregierung wird sofort lebhaften Protest dagegen einlegen, daß Beschuldigte aus den besetzten Gebieten jetzt vor französische Kriegsgerichte gestellt werden, um sie so der nach dem neuen Reichsgesetz und nach den Vereinbarungen mit der Entente vorgesehenen deutschen Gerichtsbarkeit zu entziehen.

Der Danziger Staatsrat.

WTB. Danzig, 4. März. Die Konstituierung eines Staatsrates für das Gebiet der Freistadt Danzig war gestern Gegenstand einer Besprechung beim Oberkommissar Tower. Danach soll beabsichtigt sein, daß durch Verordnung des Oberkommissars ein Staatsrat gebildet wird, der den Oberkommissar in der Führung der Regierungsgeschäfte unterstützen soll. Der Staatsrat soll bestehen aus dem Oberregierungsrat von Kameke, Oberbürgermeister Sahm und als Vertreter für die ländlichen Kreise Regierungsrat Venski, kommissarischer Landrat des Kreises Danziger Höhe. Die übrigen Behörden sollen zu den Sitzungen des Staatsrats in besonderen Fällen hinzugezogen werden. Der Staatsrat stellt nur ein Provisorium dar. Sobald die Wahlen für die verfassunggebende Versammlung stattgefunden haben, ist in Aussicht genommen, durch einen Ausschuß dieser verfassunggebenden Versammlung eine Mitwirkung der gesamten Bevölkerung beim Staatsrat stattfinden zu lassen.

Der erste Transport aus Sowjet-Rußland.

Berlin, 4. März. (Drahtnachricht.) **Die Reichsstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der erste Transport aus Sowjetrußland mit 60 Heimkehrern, Invaliden, sowie Frauen und Kindern, wurde bereits an der Demarkationslinie übernommen. Das Eintreffen des Transports in Deutschland kann in den nächsten Tagen erwartet werden.**

Deutschland für einen ordentlichen Völkerbund

WTB. Budapest, 4. März. Der „Pester Lloyd" veröffentlicht eine Unterredung des Berliner Sonderberichterstatters mit dem Reichsminister des Auswärtigen Müller, der unter anderm erklärte, die deutsche Regierung stehe nach wie vor unerschütterlich auf dem Standpunkte des Völkerbundes. Selbstverständlich dürfe aber der Völkerbund nicht ein Instrument zur dauernden Niederhaltung Deutschlands werden. Die deutsche Regierung würde natürlich nur der Aufnahme als vollkommen gleichberechtigtes Mitglied nähertreten. Er sei überzeugt, daß die auf den internationalen Beziehungen heute noch lastende Atmosphäre des Hasses und des Mißtrauens behoben würde, und daß die Bestimmungen der Artikel 11 und 19 der Völkerbundsakte zu einer Revision jener Artikel des Friedensvertrags, die unerfüllbar sind, führen würden. Es fehle schon heute nicht an erfreulichen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200305017/fragment/page=0002
DFG

Anzeichen einer solchen Sinnesänderung in einigen Ententestaaten. Der Minister erklärte weiter, die vertrauensvollen Beziehungen Deutschlands zu den neutralen Staaten hätten seit Kriegsende noch eine erfreuliche Stärkung erfahren.

Beendigung des Landarbeiterstreiks in Mecklenburg.

Berlin, 4. März. (Eigene Drahtnachricht.) In Mecklenburg haben sowohl die Landleute als auch die Arbeitgeber den heute gefällten Schiedsspruch angenommen. Dieser Schiedsspruch sieht eine Arbeitsleistung von 2300 Jahresstunden und 120 Pflichtüberstunden vor. Als Entlohnung werden dem nichtständigen Arbeiter im Jahre 5100 Mark garantiert. Der ständige Arbeiter erhält ein Jahresdeputat im Werte von 2903 Mark. Außerdem erhält er in der Zeit vom 1. Januar bis 1. Juli einen Stundenlohn von 85 Pfennigen, vom 1. Juli bis Ende des Jahres 75 Pfennige, sonach einen Geldlohn von 4833 Mark im Jahr. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt morgen. Auch in Stralsund ist es zwischen den Unternehmern und den Streikenden zu Verhandlungen gekommen, die eine Verständigung in nahe Aussicht stellen. Auch Tarifverhandlungen sind dort bereits im Gange.

Wieder Ruhe in Straubing.

München, 4. März. (Drahtnachricht.) Durch das energische Eingreifen der Regierungskommission ist die Ruhe in Straubing wieder hergestellt. Die Arbeit ruht. Sie soll aber nach der Beerdigung der Opfer wieder aufgenommen werden. Reichswehrartillerie und berittene Truppen haben die Stadt besetzt. Die Opfer sollen nicht durch Schüsse der Regierungstruppen, sondern durch Geschosse aus den Reihen der Demonstranten getötet worden sein.

Tschechische Agitatoren in Oberschlesien.

WTB. Berlin, 4. März. Aus Ratibor wird gemeldet: Tschechische Agitatoren werben in den zum oberschlesischen Abstimmungsgebiet gehörenden Dörfern Sandau, Kranowitz, Baatz und Petereitz für den Anschluß an Tschechien. Wie wir hören, ist der deutsche Kommissar bereits angewiesen worden, gegen die Agitation in schärfster Weise einzuschreiten.

Vertagung des Obersten Rates.

WTB. London, 4. März. (Reuter.) Der Oberste Rat hat sich vertagt, da Nitti morgen nach Italien zurückkehrt. Millerand kann nicht vor Ende nächster Woche nach London kommen. Die Konferenz der Minister des Äußern wird jedoch im Foreign Office weiter tagen. Sie wird sich mit der Fertigstellung des Vertrags mit der Türkei und mit unerledigten Fragen im Zusammenhange mit dem ungarischen Friedensvertrag befassen. Man hofft, daß der türkische Friedensvertrag der Türkei am 22. März in Paris überreicht werden kann. Die „Times“ greift die langsame Arbeitsweise des Obersten Rates scharf an. Das Blatt schreibt, die Türkei werde wahrscheinlich nur einen Bruchteil ihres früheren Reiches behalten. Dieser werde durch keine Regierung verteidigt, verwaltet oder entwickelt werden können.

Taft gegen Wilson.

WTB. Paris, 4. März. Der Berichterstatter des „Echo de Paris“ meldet aus Washington: Der ehemalige Präsident Taft klagte Wilson an, auf die Verwerfung des Friedensvertrages von Versailles hinzuarbeiten, damit er keine Entscheidung über die Lodgeschen Vorbehalte zu treffen brauche. Lodge sagte, wenn das wahr sei, könnten Wilson und die demokratischen Senatoren nicht die Verantwortlichkeit für den Mißerfolg des Vertrages von sich abweisen. Er fragte, ob der verblendete Wilson aus persönlichen Gefühlen wirklich sein eigenes Werk zerstören wolle.

Alliierte Ministerpräsidenten-Konferenz in San Remo.

WTB. Paris, 4. März. Die nächste Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten soll in San Remo stattfinden, und zwar zu Anfang April. Zu gleicher Zeit wird in Rom die Internationale Finanzzusammenkunft, die der Völkerbund veranstaltet, erfolgen. Die Pariser Morgenblätter nehmen allgemein an, daß das wirtschaftliche Manifest am Freitag veröffentlicht wird. Da die Vertreter Frankreichs auf der Konferenz seinem Inhalt nicht restlos zustimmen konnten, liegt die Entscheidung bei der französischen Regierung.

Erfolgreiche Bemühungen Nittis.

WTB. Frankfurt a. M., 3. März. Der römische Berichterstatter der „Frankf. Ztg.“ erfährt, daß Nittis Londoner Bemühungen für eine politische und wirtschaftliche Revision des Versailler Vertrags erfolgreich waren.

Frankreich gegen Hollands Vorschlag.

Paris, 4. März. (Eigene Drahtnachricht.) Einer Haager Drahtung des Matin zufolge wurde die holländische Regierung davon verständigt, daß die französische Regierung dem Vorschlage Hollands, die Ueberwachung des Kaisers in Holland vorzunehmen, nicht zustimmen könnte.

Japan auf dem holländischen Standpunkt.

WTB. Amsterdam, 4. März. (Drahtnachricht.) **Einem Observertelegramm zufolge hat sich die japanische Presse in der Frage der Auslieferung des ehemaligen deutschen Kaisers auf den Standpunkt der Niederlande gestellt.**

Kabinettskrise in Konstantinopel.

WTB. Amsterdam, 4. März. (Drahtnachricht.) Das Reutersche Bureau meldet aus Konstantinopel den Rücktritt des Kabinetts. Der Sultan hat den Marschall Izzet Pascha berufen.

Deutsches Reich.

Märchen über Holland-Reisen.

WTB. Berlin, 4. März. In der holländischen Presse der letzten Tage waren vielfach Gerüchte verbreitet, nach denen am 6. Februar abends der Großherzog von Hessen und sein Sohn bei Zevenaar über die Grenze nach Holland geflüchtet sein sollen, nachdem bereits am 5. Februar acht Deutsche, deren Namen auf der Auslieferungsliste ständen, gleichfalls über die Grenze gekommen seien. Wie das deutsche Konsulat in Zevenaar amtlich festgestellt, ist am 6. Februar lediglich Prinz Wolfgang von Hessen aus Homburg nach Holland gereist, aber schon am 9. Februar wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Weder der Großherzog von Hessen noch andere Fürstlichkeiten haben in diesen Tagen die holländische Grenze passiert, ebensowenig Offiziere oder sonstige Militärpersonen.

Ausland.

Deutschfeindliche Kundgebungen in Brünn.

Wien, 4. März. Die Blätter melden aus Brünn, daß es dort gestern abend zu neuerlichen deutschfeindlichen Kundgebungen vor dem Deutschen Hause kam. Militär und Polizei säuberten den Platz.

Die Zukunft Tirols.

Wien, 4. März. In der „Reichspost“ erklärt der Tiroler Landesrat Steidl über die Zukunft Tirols, der leitende Gedanke sei die Wiedervereinigung mit Südtirol. Wir glauben, sagt er, daß Südtirol mit Hilfe Deutschlands gerettet werden könnte. Gerade deshalb aber darf Tirol nicht als ein Teil Bayerns aus der Geschichte verschwinden. Der Begriff Tirol muß bleiben. Solange der Anschluß an Deutschland infolge der Friedensverträge nicht möglich ist, werden wir als Realpolitiker und ordnungsliebende Leute am Staate Oesterreich klar und energisch mitarbeiten.

Das Schicksal der ungarischen Kommunisten.

Wien, 4. März. Die nach Karlstein untergebrachten ungarischen Kommunisten, sowie die in den Spitälern befindlichen Führer wurden, wie die Blätter melden, gestern abend bis zur weiteren Entscheidung über ihr Schicksal in einen Pavillon der Wiener Irrenanstalt Steinhof gebracht. Der in Stockerau im Krankenhause befindliche Bela Khun verbleibt dort bis zu seiner vollständigen Genesung.

Lebensmittelunruhen in Olmütz.

WTB. Wien, 4. März. In Olmütz kam es gestern nachmittag zu Lebensmittelunruhen und zu Plünderungen der vier größten Lebensmittelgeschäfte der Stadt. Erst gegen Abend gelang es nach Verhaftung von 80 Plünderern, die Ruhe wiederherzustellen.

Abbruch der estländisch-lettländischen Verhandlungen.

WTB. Helsingfors, 4. März. Die Verhandlungen zwischen Estland und Lettland über Walk sind ergebnislos abgebrochen worden. Die Beziehungen haben sich auf beiden Seiten erheblich zugespitzt.

Eine bulgarische Note an die Entente.

WTB. Paris, 4. März. Eine bulgarische Note verlangt, daß Bulgarien das im Vertrag von Neuilly vorgesehene Söldnerheer durch eine eingeschränkte obligatorische Rekrutierung ersetzen dürfe.

Rücktritt des finnischen Kabinetts.

WTB. Helsingfors, 4. März. Das gesamte finnische Ministerium Dennold hat, nachdem heftige Angriffe gegen die äußere und innere Politik der Regierung gerichtet worden waren, das Abschiedsgesuch eingereicht.

Halle und Umgegend.

Halle den 5. März 1920.

Enteignungsbefugnis des Elektrizitätswerks Sachsen-Anhalt.

Berlin, 4. März. (Eigene Drahtnachricht.) Der Reichsanzeiger bringt folgende amtliche Bekanntmachung der preußischen Staatsregierung: Dem Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt A.-G. in Halle wird auf Grund des Gesetzes vom 11. Juni 1874 (Gesetzsammlung Seite 221) hiermit das Recht verliehen, für die bereits erbaute Hochspannungsleitung vom Großkraftwerk Harbke, Kreis Neuhaldensleben, nach der Transformatorenstation in Diesdorf, Kreis Wansleben, das erforderliche Grundeigentum in den Kreisen Neuhaldensleben, Wolmirstedt, Wansleben und Magdeburg (Stadt) im Regierungsbezirk Magdeburg nötigenfalls im Wege der Enteignung zu erwerben, oder soweit dies ausreicht, mit einer dauernden Beschränkung zu belasten. Auf staatliche Grundstücke und staatliche Rechte an vorhandenen Grundstücken findet dieses Recht keine Anwendung.

Zur Vereinheitlichung der Eisenbahnen

haben Aufsichtsrat und Vorstand des Verbandes reisender Kaufleute Deutschlands in ihrer gemeinschaftlichen Sitzung vom 22. bis 24. Februar folgende Entschließung gefaßt:

„Der Verband tritt nachdrücklich für die baldige Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich, unter Ausschaltung irgend welcher Sonderrechte einzelner Länder, ein, da er der Ueberzeugung ist, daß nur durch eine großzügig verwaltete Reichseisenbahn der gegenwärtigen Tarifpolitik, unter der unser deutsches Wirtschaftsleben, insbesondere der Handelsverkehr, schwer leidet und den reisenden Kaufleuten die Ausübung ihres Berufes erschwert ist, ein Ende bereitet wird. Der Verband stimmt dem Entschlusse verschiedener Eisenbahnverwaltungen, die Einteilung der Verwaltungsbezirke der Reichseisenbahn nach Verkehrsnotwendigkeiten und ohne jede Rücksicht auf die Begrenzung der Einzelstaaten und ihrer Provinzen einzuteilen, durchaus zu. Bei den Beratungen darüber erwartet auch der Verband, dessen Mitglieder an der Ausgestaltung des Verkehrswesens das höchste berufliche Interesse haben, gehört zu werden.“

Die Entschließung ist dem Reichsverkehrsminister und den Ministerien der Länder, die im Besitz von Eisenbahnen sind, zugegangen.

Briefpostbeförderung nach Amerika im März. Im Monat März finden Postabgänge nach Amerika außer mit englischen Dampfern (etwa zweimal wöchentlich) noch mit folgenden Dampfern statt: 1. Dampfer „Principe di Udine“ nach Rio de Janeiro usw., von Genua am 4. März, Postschluß in Frankfurt (Main), Auslandstelle, am 1. März; 2. Dampfer „Nieuw Amsterdam“ nach Newyork, von Rotterdam am 12. März, Postschluß in Emmerich (Auslandstelle) am 10. März vormittags und in Hamburg (Auslandstelle) am 8. März abends; 3. Dampfer „Oscar II“ nach Newyork, von Kopenhagen am 18. März, Postschluß in Hamburg (Auslandstelle) am 15. März mittags und in Emmerich (Auslandstelle) am 14. März; 4. Dampfer „Frisia“ nach Rio de Janeiro usw., von Amsterdam am 24. März, Postschluß in Emmerich (Auslandstelle) am 22. März vormittags und in Hamburg (Auslandstelle) am 20. März abends; 5. Dampfer „Noordam“ nach Newyork, von Rotterdam am 26. März, Postschluß in Emmerich (Auslandstelle) am 24. März vormittags und in Hamburg (Auslandstelle) am 22. März abends.

„Der moderne Mensch und Gott.“ Ueber dieses Thema sprach am Dienstag in einer vom Deutschen Monistenbund im Hofjäger veranstalteten Versammlung Herr Prof. Heinrich Schmidt-Jena. Er behandelte eigentlich weniger das Thema, als daß er eine Darstellung der Entwickelung des Gottbegriffes gab. Es ist uns aber nichts Neues mehr, daß das Grunddogma der christlichen Religion in der Vorstellung Gott gegeben ist, es ist uns auch nichts Neues, daß die Götter ursprünglich weiter nichts waren als aus der Menge ihrer Volksgenossen hervorragende Menschen. Der Redner legte dann dar, wie mit dem 15. Jahrhundert ein neuer die Autoritätsanschauung der bisherigen Religion brechender Geist in das Abendland seinen Einzug hielt, der Geist der Kritik und der Naturwissenschaft. Der moderne Forscher — natürlich im Sinne der Haeckelianer — vermeidet es, irgend welche Erscheinungen im biologischen Mikro- und Makrokosmos nicht durch Naturgesetzmäßigkeiten, sondern mit Hilfe übernatürlicher Vorstellungen, das heißt mit Hilfe des Begriffes Gott zu erklären. Nietzsche hat das stolzeste Wort des modernen Menschen ausgesprochen: „Es gibt keinen Gott, denn gäbe es Götter, wie hielt ich's aus, kein Gott zu sein!“ Der Redner schloß seinen von der zahlreich erschienenen Monistengemeinde beifällig aufgenommenen Vortrag mit Aufforderung an die Versammelten, dem Deutschen Monistenbund beizutreten.

Der Verein ehem. 36er hat am Sonnabend abend 7½ Uhr Monatsversammlung im Bad Wittekind. Herr Dr. Knieschke spricht über „Vogelmord und Vogelschutz“.

Kunst und Wissenschaft.

Karl Robert 70 Jahre alt.

Geheimrat Karl Robert, der Archäologe unserer Universität, vollendet am 8. März seinen 70. Geburtstag. Robert, einer der schönsten Zierden der Universität Halle, gehört zu den bedeutendsten Archäologen der Erde, doch auch als Künstler und Kunsthistoriker weiß ihn die Welt, in der die Musen ihre Geltung haben, zu schätzen.

Dem großen Publikum ist er durch seine Arbeiten für das Lauchstedter Theater bekannt geworden. Er gehört zu den führenden Männern des Lauchstedter Theatervereins. Die Lauchstedter Festspiele haben ihre Bedeutung vornehmlich ihm, Professor Abert und dem zu früh verstorbenen Berliner Kritiker und ehemaligen Burgtheaterdirektor Schlenther zu verdanken. Die Auffindung und Bearbeitung von Sophokles' „Spürhunden“ durch Robert wurde durch eine meisterhafte Aufführung in Lauchstedt gekrönt. Auch die Menanderaufführung in Lauchstedt hat Robert zum Vater. Gelegentliche Vorträge über altertumswissenschaftliche Fragen haben ihn gleichfalls dem Publikum nahegebracht.

Robert, der am 8. März 1850 in Marburg geboren wurde, entstammt einer Professorenfamilie. Sein Vater ist der Universitätsprofessor Ferdinand Robert, seine Mutter, eine geborene d'Outrepont, ist die Tochter des Gynäkologen und Direktors des Julius-Hospitals in Würzburg Josef d'Outrepont. Sein Großvater väterlicherseits war Georg Robert, ehemaliger Vizekanzler der Universität Marburg, ein Jurist. Eine Tochter Roberts ist verheiratet mit dem Kieler Professor Liepmann, eine andere ist die Witwe des Privatdozenten Altmann. Robert studierte an den Universitäten Bonn und Berlin Philologie und Archäologie und unternahm alsdann eine Reihe wissenschaftlicher Reisen nach Italien und Griechenland. 1876 habilitierte er sich in Berlin, wurde dort 1877 außerordentlicher Professor und 1880 Ordinarius. 1890 berief ihn die Univ. Halle zum Ordinarius für Archäologie, 1906/07 war er Rektor der Universität Halle. Aus der stattlichen Reihe seiner Werke seien erwähnt: De Apollodori Bibliotheka — Thanatos — Bild und Lied — Archäologische Märchen — Antike Sarkophagreliefe — Studium zur Ilias — Neubearbeitung von „Preller, Griechische Mythologie“ — Pausanias als Schriftsteller.

Ehrungen der mannigfachsten Art hat ihm nicht nur Deutschland bezeugt, auch das Ausland — als es noch nicht durch den Krieg in der Schätzung der Wissenschaften beeinträchtigt war — hat ihm die Anerkennung gezollt, die er verdient. Er ist Ehrendoktor der Universität Athen, auswärtiges Mitglied des österreichischen archäologischen Instituts, Ehrenmitglied der Soc. for the prom. of Hellen. stud. und d. Syllagosphilol. in Konstantinopel. Er ist Redakteur des Hermes und korrespondierendes Mitglied der Berliner Akademie, korrespondierendes Mitglied der Göttinger Gelehrten-Gesellschaft und er führt den Titel Geheimer Regierungsrat.

Bei seinen 70 Jahren ist er so rüstig, daß man ihn auf der Höhe seines Schaffens stehend bezeichnen kann. Wir hoffen, daß er der Wissenschaft auch in der Zukunft seine Dienste widmet und daß er Lauchstedt, das im Krieg langsam wieder einzuschlafen begann, auch fernerhin seine Aufmerksamkeit widmet. M. F.

Provinzial-Nachrichten.

* **Bernburg, 4. März.** (Die städtischen Kohlenbohrungen.) Unsere Stadt, die bei Peißen Kohlen erbohrt hat, macht damit bisher recht gute Erfahrungen. Die chemische Untersuchung hat ergeben, daß die Kohle hochwertig ist und der bei Frose und Nachterstedt geförderten nicht nachsteht; auch die erschlossenen Mengen befriedigen. Dagegen haben neuerliche Bohrversuche bei Mehringen und Drohndorf nicht das gewünschte Ergebnis gehabt. Man hat darum die Bohrungen wieder eingestellt, hofft aber, bei Sandersleben abbauwürdige Kohlenlager anzutreffen.

= **Zerbst, 4. März.** (Ein zu starkes Kind.) Im benachbarten Gesake fiel eine Dame auf dem Bahnhof auf, die mit sichtlicher Mühe ihr schweres Baby auf dem Arme trug. Ein Hilfsgendarm interessierte sich schließlich für das süße Wesen, das mit seiner Schwere der zärtlichen Mutter so viel Mühe machte. Und siehe da, das Baby entpuppte sich als ein Mehlsack mit 70 Pfd. Weizenmehl, hübsch säuberlich mit Mützchen und Jäckchen herausstaffiert. Das Baby wurde beschlagnahmt.

Witzleben (Erfurt), 4. März. (Eierschieber.) Hier wurde ein Eierschieber aus Ilmenau abgefaßt, als er drei große Kisten mit 1400 Eiern anfahren wollte. Diese hatte ein Witzlebener Einwohner im Orte und in den umliegenden Ortschaften für den Schieber aufgekauft. Die wertvolle Ware, die für Oberhof bestimmt war, wurde vom Gendarmen beschlagnahmt. Der Schieber, der durchschnittlich für ein Ei 1,20 Mk. bezahlte, hätte in Oberhof jedes sicher für 3 bis 3,50 Mk. umgesetzt.

(.) **Zeitz, 2. März.** (Ein trauriger Gedenktag) für die Stadt Zeitz war der gestrige 1. März. Vor einem Jahre befanden wir uns auf dem Höhepunkt des Generalstreikes, der damals das Wirtschaftsleben der Stadt lahmlegte. Bekanntlich brach 1919 in der letzten Februarwoche der Generalstreik aus, der von den Bürgerlichen mit einem streng durchgeführten Abwehrstreik beantwortet wurde. Die Erregung der Menge richtete sich hauptsächlich gegen Angehörige der in Zeitz befindlichen aktiven Truppen, soweit sie bemüht waren, ihre Pflicht der Allgemeinheit gegenüber zu erfüllen. Am 1. März 1919 kam die schon lange in der Luft liegende Spannung zur Entladung und es kam zu jenem scheußlichen Vorgange am Wendischenberg, dem der Leutnant Schröder zum Opfer fiel, indem er von der wütenden Menge buchstäblich totgeschlagen wurde. Schließlich wurde noch ein tödlicher Kopfschuß auf den Offizier, der schwer verwundet ins Krankenhaus gebracht werden sollte, abgefeuert. In aller Stille wurde damals aus naheliegenden Gründen die Leiche des Unglücklichen beerdigt. Gestern hat der Bürgerausschuß auf das Grab des Toten, der ein

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200305017/fragment/page=0003

Opfer seiner Pflicht wurde, einen Kranz niedergelegt. Im Laufe des Tages kam es noch zu verschiedenen Aufruhrszenen, zu Mißhandlungen verschiedener Persönlichkeiten, die jetzt Gegenstand einer Untersuchung sind.

(—) **Cöthen**, 4. März. (Mit dem ehemaligen Warenhaus am Markt,) das lange Jahre hindurch ein Schmerzenskind der Stadt war, macht diese jetzt noch ein glänzendes Geschäft. Sie kaufte es für 123 000 Mk. und stellt es jetzt auf Abbruch zum Verkauf. Als Bestbietender hat ein Magdeburger Unternehmer für das Gebäude ohne Baustelle 198 000 Mk. geboten. Die Baustelle allein hat aber vor etwa 15 Jahren schon 50 000 Mk. gekostet und ist seitdem sicher nicht billiger geworden.

Reinsdorf, 4. März. (Kein Elternbeirat.) Auch für Reinsdorf ist die Bildung eines Elternbeirats abgelehnt.

Schönebeck, 4. März. (Einen Reinfall) erlitt dieser Tage eine Hausfrau, die hintenherum Zucker zu kriegen gedachte. Von einer Frau aus Magdeburg wird ihr ein Sack Zucker angeboten. Es wird eine Kostprobe genommen, die Ware gefällt ihr. Man wird mit 150 Mk. für den Sack handelseinig und beglückt ist die Hausfrau von ihrem billigen Zuckerkauf. Die Händlerin hat noch eilige Wege zu erledigen, sie will den leeren Zuckersack später abholen. Sie kam nie wieder, weshalb wußte sie schon. Die Hausfrau hatte nun Zeit und Muße, ihren süßen Schatz näher zu betrachten: aber im Sack befand sich nur obenauf eine dünne Zuckerschicht: was darunter lag war Salz!

§§ **Salzwedel**, 4. März. (Militärbaracken für Wohnzwecke.) Nachdem die Stadt von dem hiesigen Gefangenenlager zwei Baracken angekauft und 15 Wohnungen daraus hergerichtet hat, deren Kosten sich je Wohnung auf 7500 Mk. belaufen, haben die Stadtverordneten den Magistrat ermächtigt, soviel Baracken aus dem Gefangenenlager anzukaufen, wie er nur irgend erhalten kann.

Letzlingen, 4. März. (Rekordpreise für Eichen) wurden auf der Holzauktion in Letzlingen erzielt. Eine Eiche brachte 28 000 Mk. und eine andere gar, deren Stamm in zwei Teile zerschnitten worden war, ergab für das Stammende 27 700 Mk. und für das Zopfende 7000 Mk., zusammen also 34 700 Mk. Da gibt's aber mal billige Eichenmöbel!

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung“.

Fußballsport.

Sportlust hält am Sonnabend abend 8 Uhr bei Thomas seine fällige Versammlung. Sonntag, den 7. März, auf dem Sportlustplatz Dessauer Straße: Nachm. ½2 Uhr Sportlust Jgd. I—Olympia Jgd., 3 Uhr Sportlust II—Preußen II.

Verschiedenes.

Die Deutschen Schäferhunde in Leipzig. Die Ortsgruppe Leipzig des Vereins für Deutsche Schäferhunde S.-V. München, veranstaltet am 14. März 1920 vorm. im „Neuen Gasthof“ zu Leipzig-Gohlis eine großzügige Sonderschau, zu deren Veranstaltung ein großer Betrag für Ehrenpreise gestiftet worden ist. Es bietet sich die beste Gelegenheit, seinen deutschen Schäferhund in Konkurrenz treten zu lassen. Zur Schau sind u. a. Hunde mit einem Werte von mehr als 20 000 Mark pro Tier gemeldet. Vorzügliches Material ist zu erwarten. Für die Schau können sofort noch eingetragene oder zur Eintragung gemeldete Hunde angenommen werden. Auskunft und Meldeformulare durch den Schauleiter: Richard Uhlitzsch, Leipzig, Friedrich-List-Str. 32/34.

Aus dem Leserkreise.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung; für sie bleibt auf Grund des § 21 Abs. 2 des Preßgesetzes im vollem Umfange der Einsender verantwortlich.)

Ein Nachwort zur Provinzialversammlung der Landwirte.

Die Landwirte der Provinz haben sich in voriger Woche in unserer schönen Saalestadt wieder ein Stelldichein gegeben. Der objektiv Betrachtende und vor allem der Aesthet konnte auch diesmal wieder seine helle Freude an den Erschienenen haben. Welch kernige, frische, gesunde Gestalten traten einem da entgegen! Alle wohlgenährt, voll Saft und Kraft, mit hellen Augen, aus denen Klugheit, ruhige Entschlossenheit und Zuversicht strahlten. Die Notlage der Landwirtschaft erstreckt sich in erster Linie offenbar nicht auf die Person der Landwirte; sie scheint vielmehr indirekte Wirkungen auszuüben, nämlich auf jene, die der Landwirtschaft fernstehen, auf Leute ohne Ar und Halm, auf uns arme Städter, die wir, dürrbeinig, dünnbauchig und hohlwangig, nicht mehr in der Lage sind, verwöhnten Friedhofswürmern einen einigermaßen bekömmlichen Leichenschmaus darzubieten. Die dörflichen Friedhofsschmarotzer sind seit einigen Jahren besser daran.

Ja, wir armen Städter erfahren die mittelbare Wirkung der Gefahren, die der Landwirtschaft drohen, unmittelbar. Unsere immer vernehmlicher knurrenden Eingeweide sind uns ein sprechender Beweis dafür, daß dem Leuteüberfluß in der Stadt der Leutemangel auf dem Lande entspricht. Unsere von Tag zu Tag sich verkürzenden Mahlzeiten stehen in direktem Verhältnis zur Verkürzung der Arbeitszeit auf dem Lande. Der Mangel an Landarbeitern, wie er hauptsächlich verursacht ist durch das Ausbleiben der fremdländischen Saisonarbeiter, droht für die Landwirtschaft geradezu katastrophal zu werden. Der Achtstundentag ist für den Ackerbau, besonders während des Sommerhalbjahres und ganz besonders in der Erntezeit, einfach eine Unmöglichkeit. Gerade hinsichtlich der Arbeiterfrage sind die Besorgnisse und Befürchtungen der Landwirte durchaus verständlich.

Die Landarbeiterfrage schließt indessen zwei Probleme ein, die unerörtert blieben, ja, mit keinem Worte, keiner Andeutung berührt wurden. Man hörte nichts von innerer Kolonisation und Seßhaftmachung der Landarbeiter. Die Herren scheinen sich der Hoffnung hinzugeben, daß auch die tausende und zehntausende Morgen großen Güter für alle Zukunft unantastbar bleiben werden, daß somit jene, die das Land wirklich bebauen, bearbeiten, eben die Landarbeiter, keinen Besitzanteil haben dürfen am Grund und Boden. Daß dieser Zustand sich nicht erhalten läßt, ist jedem demokratisch gesinnten Staatsbürger klar. Die landwirtschaftliche Lohnarbeit, Nur-Lohnarbeit, als lebenslänglicher Beruf wird verschwinden. Jeder Landarbeiter wird ein kleiner Landbesitzer werden, der seine Arbeitszeit zwischen der Bewirtschaftung des eigenen Grundstücks und der Arbeit auf einem größeren Gute teilen wird.

Die zweite Seite des Problems betrifft die gesellschaftliche Stellung der Gutsherrn zu ihren Arbeitern. Der heutige Gutsbesitzer lebt in strenger gesellschaftlicher Abgeschlossenheit von seinen Arbeitern. Diese lange geübte gesellschaftliche Mißachtung der Landarbeiter rächt sich heute bitter. Während der letzten Jahrzehnte ist auch die Bauernschaft in manchen Gegenden dazu übergegangen, ihren Arbeitern gegenüber ein ähnliches Verhalten zur Schau zu tragen, sich eine Art pseudojunkerlichen Gebahrens anzugewöhnen. Vor 30 Jahren noch lebte beispielsweise auf den Dörfern der Altmark der Bauer mit seinen Arbeitern wie mit seinesgleichen; heute müssen vielfach die Bauernsöhne höhere Schulen besuchen und wohl gar einige Semester studieren. Auf ihr Dorf zurückgekehrt, machen sie, mit dem Spazierstock durch die Felder gehend, auf dem Gute des Vaters den Inspektor. Braucht man sich da zu wundern, daß tüchtige, selbstbewußte Arbeitersöhne dem Lande und der Landarbeit den Rücken kehren? Ein altmärkisches Sprichwort lautet: „Ein studierter Bauer bringt dem Lande Trauer“, nämlich dann, wenn er seine wissenschaftlichen Kenntnisse vornehmlich dazu verwendet, unter seinesgleichen und vor seinen Arbeitern den „dicken Willem“ herauszustecken. Der wahrhaft gebildete Landwirt wird wie jeder gebildete Mensch den Standes- und Klassendünkel weit von sich weisen und sich wie einstmals nicht scheuen, auch die geringsten Arbeiten seines Berufs selbst zu verrichten und mit seinen Arbeitern freundlichen Verkehr zu pflegen. Der soziale Ausgleich muß und wird sich auch auf das gesellschaftliche Leben, auf den Verkehr miteinander erstrecken, und hoffentlich wird er auf dem Lande recht bald eintreten, damit sich die Verhältnisse in der Landwirtschaft wieder besser gestalten.

A. K.

Die Zukunft des Flugplatzes Halle.

Leider ist es Tatsache geworden, daß der einst mit sehr hohen Kosten hergestellte Flugplatz Halle nach einem Beschluß des Magistrats zu bestehen aufgehört hat.

Der 400 Morgen große Platz wird in Ackerland umgewandelt. So sehr nun auch die Notwendigkeit, möglichst viel Grund und Boden der Volksernährung nutzbar zu machen, anerkannt werden muß, erscheint es doch sehr fraglich, ob in diesem Falle damit der Allgemeinheit gedient ist. Denn ein Teil des Platzes ist bis zu ½ Meter mit Schlacke beschüttet worden, und dürfte in absehbarer Zeit wohl Unkraut, aber niemals Kartoffeln bringen. Und wegen des sehr fraglichen Gewinnes schließt sich die Stadt Halle vom kommenden Luftverkehr aus. Glaubt man denn, daß die Entwickelung rückwärts geht? Vielleicht sieht man sich in nicht allzuferner Zeit gezwungen, mit weit höheren Kosten einen neuen Flugplatz einzurichten, als jetzt der Streifen Land einbringen wird. Es dürfte ja zurzeit genügen, wenn ein Teil des Platzes als Notlandeplatz gestellt würde. Die Städte, welche durch den Krieg in den Besitz eines Flugplatzes gelangten, können sich ein Beispiel an verschiedenen kleineren Städten nehmen, Quedlinburg u. w., die schon heute den hohen Wert des allgemeinen Luftverkehrs anerkannt haben. Vielleicht interessiert sich das Reichsluftamt für die Regelung der Flugplatzfragen in den größeren Städten, wo die Militärverwaltung Flugplätze errichtet hat. Die sofortige Regelung ist eine Lebensfrage für den deutschen Luftverkehr.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte.

(Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern, Dortmund.)

3. März.

Die abgelaufene Berichtswoche zeigt zum ersten Male in diesem Jahre eine Abnahme der Tätigkeit, wenngleich die Umsätze noch immer den Durchschnitt früherer Zeit weit übertreffen.

Am **Kohlenkuxenmarkte** wurde das inzwischen bekannt gewordene Angebot der Rheinischen Stahlwerke auf die Gewerkschaft Ewald lebhaft erörtert. Nach den vorher über diesen Gegenstand verbreiteten Gerüchten enttäuschte der Vorschlag und führte zu einer nicht unerheblichen Abschwächung der meisten schweren Werte. Ewald selbst, die vorübergehend bis annähernd 200 000 Mark bezahlt wurden, konnten sich auf einem Stande über 180 000 Mark halten. Sehr fest lagen Trier, die in großen Mengen zu steigenden Preisen aus dem Markte genommen wurden, und weiterhin erfreuten sich die linksrheinischen Unternehmungen, diesesmal vornehmlich Diergardt und Wilhelmine Mevissen, der Beachtung der Käufer. Schließlich wurden Adler bei Kupferdreh auf große Käufe unterrichteter Stellen wesentlich gesteigert.

Am **Braunkohlenmarkte** schwankte die Stimmung mehrfach, blieb aber schließlich fester als für Kohlenkuxe. Beteiligt waren sämtliche notierten Werte auf diesem Gebiete. Bevorzugt wurden Zukunft-Aktien mit einer neuen Steigerung von etwa 30 Prozent.

Mehrfachen Schwankungen war auch der **Kalimarkt** unterworfen. Die Abschwächung der Vorwoche war zu Beginn des Berichtsabschnittes überwunden, und die Kurse zogen unter lebhafter Beteiligung des Marktes zunächst wieder an und erreichten in vielen Fällen ihren höchsten Stand wieder, in einzelnen, wie Wintershall, Bergmannssegen, Hugo, Heiligenroda u. a. m., konnten sie ihn sogar überschreiten. Da aber neue Käuferschichten in dem bisherigen Umfange ausblieben, wurde der Verkehr im weiteren Verlaufe ruhiger. Immerhin konnte das reichere Angebot, das an den Markt gelangte, im allgemeinen schlanke Aufnahme finden, wozu die neuen Ausbeutenerklärungen, insbesondere diejenigen aus dem Gumpelkonzern, beitrugen. Die Werte dieser Gruppe erfuhren ausnahmslos bei großem Geschäft starke Steigerungen. Weiterhin wurden Großherzog Wilhelm Ernst, Günthershall, Salzmünde, Walter, Irmgard, Rothenberg und Rothenfelde lebhaft gekauft.

Im Gegensatz zu Kalikuxen lagen **Kaliaktien** dauernd sehr fest. Auf diesem Markte sprach man von überraschend hohen Dividendenausschüttungen einzelner Unternehmungen, die in der nächsten Zeit bekannt werden dürften. In großen Beträgen wurden Salzdetfurth, Krügershall, Hallesche Kaliwerke, Adler-Kaliwerke, Ronnenberg, Deutsche Kaliwerke usw. gekauft. Die Nachfrage überstieg auf diesem Markte immer das vorhandene Angebot.

Devisenkurse.

Berlin, 3. März.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam Rotterdam	3681,00	3688,00	3673,50	3681,50
Brüssel-Antwerpen	731,75	733,25	730,25	731,75
Christiania	1698,25	1701,75	1690,75	1694,25
Kopenhagen	1508,50	1511,50	1498,50	1501,5
Stockholm	1878,00	1882,00	1864,00	1888,00
Helsingfors	—	—	—	—
Italien	537,00	538,00	537,00	538,00
London	344,65	345,35	343,65	344,35
New York	100,[illegible]	100,22½	99,64	99,83
Paris	764,30	705,70	703,8[illegible]	705,20
Schweiz	1630,75	1634,25	1621,25	1624,75
Spanien	1738,25	1741,7	1723,25	1726,75
Wien (altes)	4[illegible],96	41,04	40,74	4[illegible],79
(Deutsch-Oest. abgest.	39,46	39,54	39,46	39,54
Prag	100,90	101,10	99,77½	99,97½
Budapest	35,71	35,79	35,71	35,79
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbericht.

Berlin, 4. März. Am Produktenmarkt war das Geschäft ruhig. Hafer blieb stetig. Es zeigte sich viel Nachfrage für Reichsverpflegungsämter. Infolge Zurückhaltung des Konsums war das Angebot vom Lager überwiegend. Im Geschäft mit Hülsenfrüchten hat sich nicht viel geändert. Kommunen zeigten mehr Zurückhaltung. Lupinen waren fest. Serradella gab weiter nach. Heu und Stroh waren im Lokohandel matt. Nach Süden und Westen stand Nachfrage.

Berlin, 4. März. Amtliche Notizen. Preise für 1000 Kg. in Mark: Inl. Hafer loko ab Speicher frei Wagen —, loko ab Bahn —, sofortige Abladung ab Abladestationen 4720 bis 4760. Tendenz fest.

Leipziger Credit-Bank. Die Gesellschaft erzielte laut Geschäftsbericht in 1919 u. a. an Zinsen und Gewinn aus Wechseln 221 536 (i. V. 180 398) Mark, an Zinsen aus laufenden Rechnungen 295 367 (269 077) Mark und an Provisionen 202 184 (119 954) Mark. Anderseits erforderten Depositenzinsen 204 458 (228 558) Mark. Für Abschreibungen auf zweifelhafte Forderungen waren 23 801 (25 832) Mark und auf Wertpapiere 52 466 (—) Mark erforderlich. Einschließlich 12 067 (11 633) Mark Vortrag ergibt sich ein Ueberschuß von 289 253 (235 487) Mark, der wie folgt verwandt werden soll: 5 Proz. Dividende = 225 000 Mark (4 Proz. = 180 000 Mark), Sonderreserve 20 000 Mark (wie i. V.), Talonsteuerrücklage 9000 (7500) Mark, Tantiemen und Gratifikationen 22 706 (15 920) Mark und Vortrag auf neue Rechnung 12 547 (12 067) Mark.

+ **Wagengestellung.** Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle (einschließlich der anschließenden Privatbahnen) wurden am 3. 3. für Kohlen, Koks, Briketts und Naßpreßsteine gestellt 3748 Wagen zu 10 To., nicht gestellt 4929 Wagen zu 10 To.

Stabeisenausfuhr-Vereinigung. Die Mitgliederversammlung des Stahlbundes hatte beschlossen, mit Wirkung ab 1. März die Tätigkeit der Stabeisenausfuhr-Vereinigung einzustellen. Infolge Protestes des Peiner Walzwerkes ist dieser Beschluß jedoch nicht durchzuführen, so daß die Vereinigung ihre Tätigkeit weiter ausübt.

Oberschlesische Eisenbahn-Bedarfs-A.-G. Der Aufsichtsrat beschloß, aus einem Reingewinn von 3 323 781 (i. V. 2 695 557) ℳ und nach Abschreibungen von 6 364 252 (i. V. 7 052 282) ℳ die Verteilung von 6 Proz. Dividende (gegen 5, 15 + 5, 15, 10 Proz. in den Jahren 1918—15) vorzuschlagen. Die Gesellschaft ist mit Aufträgen in allen Abteilungen auf lange Zeit versehen.

Vereinigte Fabriken Landwirtschaftlicher Maschinen, Augsburg. Der Reingewinn beträgt 867 565 (541 208) Mk., dazu kommt ein Vortrag von 127 612 (736 404) Mk., ferner soll wieder eine Dividende von 15 Proz. verteilt werden. Als Vortrag verbleiben 545 177 Mk.

Preiserhöhung für elektrische Heiz- und Kochapparate. Die vereinigten Fabrikanten elektrischer Heiz- und Kochapparate E. V. Berlin, haben mit Rücksicht auf die weitere Steigerung aller Rohmaterialienpreise und sonstigen Herstellungskosten beschlossen, für alle Lieferungen ab 1. März d. J. die Grundpreise für elektrische Wasserkocher und Bügeleisen neu festzusetzen und den Teuerungszuschlag für luxussteuerpflichtige Heizapparate auf 750 Prozent zu erhöhen.

Neue amerikanische Kalikäufe. Beim Kalisyndikat sind heute amerikanische Aufträge in Höhe von 50 Mill. Dollar eingelaufen, die sich auf mehrere Jahre verteilen.

Merck'sche Guano- und Phosphatwerke Akt.-Ges. in Hamburg. Der Aufsichtsrat schlägt für 1919 eine Dividende von 12 Prozent (i. V. 8 Prozent) vor und beantragt die Erhöhung des Aktienkapitals um 1½ Millionen Mark auf 4 Millionen Mark. Die neuen Aktien sollen von einem Bankenkonsortium übernommen und den alten Aktionären im Verhältnis von 7 : 3 zum Bezuge angeboten werden.

Ver. Schuhstoffabriken, Fulda. Nach dem Bericht für 1919 konnte die frühere Hauptfabrikation (Schuhstoffe) wegen Materialmangels noch nicht wieder aufgenommen werden, weshalb die Gesellschaft einen Teil der Anlagen verpachtet hat. Einschl. 112 113 (i. V. 67 452) Mark Vortrag verbleiben nach 12 030 (17 232) Mark Abschreibungen 567 539 (265 879) Mark Reingewinn, woraus wieder 12 Prozent Dividende auf die 1 Million Mark Aktien, sowie aus dem Erlös verkaufter Maschinen und Immobilien 100 (0) Mark Sondervergütung verteilt werden. Die Genußscheine erhalten 180 (80) Mark. Vorgetragen werden 342 859 Mark. Die Bilanz verzeichnet neben 79 378 (171 818) Mark 120 589 Mark Auslandsgläubiger in fremder Valuta gegenüber 1 671 246 (762 599) Mark Debitoren (einschl. Bankguthaben), 242 190 (513 196) Mark Effekten und 126 957 (76 801) Mark Waren. Die Reserve enthält 128 000 Mark (wie i. V.). Die Generalversammlung soll auch eine Kapitalserhöhung um 300 000 Mark beschließen.

Ein Zwangssyndikat für die Zündholzindustrie? Dem Vernehmen nach gehen die Ansichten der Regierung zurzeit nicht mehr darauf hin, ein fiskalisches Zündholzmonopol zu schaffen, es wird vielmehr jetzt über die Bildung eines Zwangssyndikats für die Zündholzindustrie verhandelt. An diesem sollen — und das ist das Neuartige bei der Idee — nicht nur die deutschen Zündholzfabriken, sondern auch die schwedischen Zündholzexporteure beteiligt werden. Bekanntlich bringt das deutsche Zündholzsyndikat seit geraumer Zeit erhebliche Mengen schwedischer Zündhölzer, und zwar zum Teil unter Kreditierung der Kaufbeträge durch die Schweden. Diese Valutaschuld soll durch die Beteiligung der schwedischen Fabriken an dem zu gründenden deutschen Zwangssyndikat in irgend einer Form abgebürdet werden, und zwar ist geplant, die Schweden mit etwa einem Drittel an dem deutschen Zwangssyndikat zu beteiligen. Es bleibt abzuwarten, ob es gelingen wird, die Verhältnisse der Zündholzindustrie auf dem vorstehend geschilderten Wege endgültig zu regeln.

Vereinigte Elbkiesbaggerei, Kalk- und Mörtelwerke Akt.-Ges. in Magdeburg. Nach dem Rechenschaftsbericht für 1919 erhöhten sich die Roheinnahmen auf 412 237 (i. V. 183 413) Mk. Hiervon entfallen auf Betriebsgewinn 391 880 (158 415) Mark, während an Zinsen 19 628 (17 410) Mark vereinnahmt wurden. Demgegenüber sind die Verwaltungskosten auf 145 976 (59 982) Mark gestiegen, Steuern und Abgaben erforderten 9120 (4512) Mark. Auf Effekten waren 4576 (32 899) Mark Kursverluste abzusetzen, auf Anlagewerte wurden 66 714 (43 759) Mark abgeschrieben. Aus dem verbleibenden Reingewinn von 185 846 (42 261) Mark werden 14 Prozent Dividende verteilt (i. V. 5 Prozent Dividende und 100 Mark Bonus in Kriegsanleihe auf je 1000 Mark Aktienbesitz).

Die Vereinigung der Christbaumschmuck-Fabrikanten Thüringens erhöht den Teuerungsaufschlag von 150 auf 300 Prozent.

Eine schwindelnde Höhe haben die Häutepreise auf den Versteigerungen der verflossenen Woche erreicht. Die Roßhaut ist bereits mit 1000 Mark pro Stück bezahlt worden. Für Ochsenhäute sind Preise bis zu 32,50 Mark, für Rindhäute bis zu 34 Mk. und Kuhhäute bis 33,95 Mk. bezahlt worden. Kalbfelle erreichten die phantastische Höhe von 70,50 Mk. pro Pfund, während Ziegenfelle, ein Favoritartikel der Erzeugung feinerer Schuhwaren, mit weit über 300 Mk. pro Stück bezahlt wurden. Die Lederpreise folgen dieser Bewegung auf dem Fuße. Wenn das Leder aus den jetzt so hoch bezahlten Roßhäuten an den Markt kommt, wird das Kilo Bodenleder mindestens 150 Mark kosten. Da auch Fette und sonstige Materialien für die Bearbeitung von Schuh-, Sattler-, Riemen- usw. Leder enorm im Preise gestiegen sind, haben die Notierungen auch für diese Leder geradezu phantastische Zahlen erreicht.

Leipziger Buchbinderei-Akt.-Ges. vorm. Gustav Fritzsche in Leipzig. In der Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. vorzuschlagen (i. V. 6 Proz. auf das nur 8 Monate umfassende Geschäftsjahr).

Petzbräu A.-G., Kulmbach. Nach dem Geschäftsbericht für 1919 ergibt sich abzüglich 40 550 Mark Abschreibungen (82 971 Mark i. V.) ein Reingewinn von 86 968 (80 442) Mark, aus dem eine Dividende von wieder 8 Prozent verteilt werden soll. Der Talonsteuer-Reserve werden wieder 4000 Mark überwiesen, wonach 22 967 Mark als Vortrag auf neue Rechnung verbleiben gegen 8367 Mark im Vorjahre. Dafür aber waren aus dem Reingewinn des Vorjahres noch 5000 Mark dem Unterstützungskonto und 3075 Mark dem Gebührenäquivalentkonto zugeflossen.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Bär; für den Anzeigenteil: Otto Bieler. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200305017/fragment/page=0004